



Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: BV/0185/2021-2026

Federführung: Fachbereich IV	Datum: 14.10.2022
Bearbeiter: Ute Kabbe	AZ:

Beratungsfolge	Termin	
Verwaltungsausschuss	14.12.2022	nicht öffentlich
Gemeinderat	14.12.2022	öffentlich

Appell der Region 2022 zur Ablehnung eines Atommülllagers Schacht Konrad

Sachverhalt:

Schacht Konrad ist nach Ende der Erzförderung das erste nach Atomrecht genehmigte Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Deutschland. Hier sollen zukünftig bis zu 303.000 m³ schwach- und mittelradioaktive Abfälle mit vernachlässigbarer Wärmewirkung endgelagert werden. Nach aktuellen Planungen soll das Endlager voraussichtlich im Jahr 2027 fertiggestellt sein. Termine für die Inbetriebnahme von Schacht Konrad gab es im Verlauf der Jahrzehnte viele, u. a. 1988, 1991, 1997, 2012 und 2022. Kaum eine Debatte in Deutschland dauert bereits so lange und hat bisher so viel Geld gekostet.

Die Stadt Salzgitter bittet um Unterstützung für einen Appell der Region 2022 zur Ablehnung eines Atommülllagers Schacht Konrad. Mit dem Appell soll ein Zeichen regionaler Geschlossenheit gesetzt werden und die nach wie vor eindeutige Haltung gegen die Inbetriebnahme des Atommülllagers Schacht Konrad öffentlichkeitswirksam bekannt gemacht werden. Die Resolution wurde durch den Rat der Stadt Salzgitter in der September-Sitzung einstimmig beschlossen. Der Appell der Region 2022 wird in den nächsten Wochen auch in anderen Kommunalparlamenten im Braunschweiger Land behandelt werden.

Die Gemeinde Schladen-Werla hat sich bereits 2016 an einem Appell der Region beteiligt. 2016 wurde u. a. eine ganzheitliche Neubewertung des Projektes „Schacht Konrad“ nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik, einschließlich der damals über 25 Jahre alten Sicherheitsberechnungen und Sicherheitsanalysen gefordert. Des Weiteren der dauerhafte verbindliche Ausschuss einer Erweiterung Schacht Konrad, die Berücksichtigung einer Option der Rückholbarkeit des endzulagernden Atommülls sowie die Überarbeitung der Transportstudie, einschließlich der Betrachtung von Transportrisiken und möglicher Auswirkungen von Transportunfällen.

Die beabsichtigte Endlagerung von atomaren Abfällen im ehemaligen Eisenerzbergwerk Schacht Konrad betrifft die gesamte Region. Als Zeichen der Geschlossenheit sollte sich die Gemeinde Schladen-Werla dem Appell 2022 anschließen. Der Beschlussvorschlag beinhaltet textlich den beigefügten Appell der Region 2022.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schladen-Werla stimmt dem Appell der Region 2022 zur Ablehnung eines Atommülllagers Schacht Konrad zu. Der Appell lautet wie folgt:

„Nach dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik scheidet für uns Schacht Konrad

als Lagerstätte für Atommüll aus! Denn der Schacht ist ein ehemaliges Gewinnungsbergwerk, liegt in einer wasserführenden Schicht und ist nicht-rückholbar konzipiert. Zu Konrad wurden keine Standortalternativen für die Entsorgung des sogenannten schwach- und mittelradioaktiven Abfalls geprüft. Schacht Konrad wäre nach den heutigen Anforderungen an die sichere Lagerung von radioaktiven Abfällen für eine Million Jahre nicht mehr genehmigungsfähig.

Im Mai 2021 haben die Umweltverbände BUND und NABU gemeinsam mit dem Bündnis „Salzgitter gegen Schacht KONRAD“ einen Antrag auf Rücknahme bzw. Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses eingereicht. Vorausgeschaltet war das Gegenvotum der Stadt Salzgitter zur Endlagerung im Schacht Konrad. Trotzdem wird das alte Eisenerzbergwerk weiter zu einem Atommülllager ausgebaut und bis 2027 sollen weitere Milliarden Euro dafür ausgegeben werden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir als Region von der Landesregierung:

- Die Region in ihrer Ablehnung eines Atommüllendlagers in der Schachtanlage Konrad in Salzgitter zu unterstützen.
- Den Antrag von BUND, NABU transparent, zügig und schneller als angekündigt zu bearbeiten und zu entscheiden.
- Bei der Atomaufsichtsbehörde des Bundes die Forderung nach einem sofortigen Baustopp zu unterstützen, um im laufenden Antragsverfahren keine weiteren Tatsachen zu schaffen.
- Gegenüber der Bundesregierung Missfallen darüber auszudrücken, dass die zuständige Umweltministerin Lemke nicht zu Gesprächen mit dem Bündnis in Salzgitter bereit ist.

Vor diesem Hintergrund fordern wir als Region von der Bundesregierung:

- Alle schwach- und mittelradioaktiven bzw. nicht oder nur schwach wärmeentwickelnde Abfälle in das Standortauswahlverfahren für hochradioaktiven Atommüll einzubeziehen oder umgehend ein getrenntes, aber inhaltlich ähnliches Standortauswahlverfahren für schwach- und mittelradioaktives bzw. nicht oder nur schwach wärmeentwickelnde Abfälle zu beginnen.
- Die Arbeiten in Schacht Konrad zu stoppen und die für den weiteren Ausbau vorgesehenen finanziellen Mittel für eine transparente und partizipative Standortsuche auch für alle schwach- und mittelradioaktiven Abfälle zu verwenden.
- Die Berücksichtigung einer Option der Rückholbarkeit sämtlichen zu lagernden Atommülls.
- Umgehend die Bundesministerin nach Salzgitter zu entsenden, um sich mit den Positionen des Bündnisses „Salzgitter gegen Konrad“ und der Stadt Salzgitter auseinanderzusetzen und für eine Diskussion zur Verfügung zu stehen.

Aus der Befürchtung heraus, bei einer Neubewertung Schacht Konrad als Endlager aufgeben zu müssen und aufgrund jahrzehntelanger Versäumnisse in der Atommüllentsorgungspolitik mit leeren Händen dazustehen, wird an dem Atommüllprojekt festgehalten. Das können wir nicht hinnehmen. Wir sehen uns als kommunale Vertreterinnen und Vertreter der Region in der Verantwortung vor den nachfolgenden Generationen, die nach heutigem Wissen bestmögliche Lösung für die Lagerung der strahlenden Abfälle über eine Million Jahre zu suchen, statt an einem völlig veralteten Projekt festzuhalten, nur weil es vor 20 Jahren genehmigt wurde.

Vor diesen Hintergründen bleiben wir auch bei unserer generellen Ablehnung der Endlagerung von Atommüll in der Schachtanlage Konrad und bekennen uns zu einem regional abgestimmten Vorgehen.

Wir werden unsere Einwohner aktuell über den Stand des Verfahrens unterrichten. Von den in der Region gewählten Bundestags- und Landtagsabgeordneten wird nachdrücklich erwartet, die vorab genannten Forderungen aktiv zu unterstützen, damit wir gemeinsam Schaden von unserer Region abwenden. Zudem werden die Hauptverwaltungsbeamten aufgefordert in ihren Gremien der kommunalen Spitzenverbände in Land und Bund ebenfalls für diese Forderung einzutreten.“

(Andreas Memmert)

Anlage/n
Appell der Region 2022